

Stand: 07.07.2026 04:16:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4364

"„Afuera!“ für strukturelle Entlastung: Statt Paragrafen-Klein-Klein echte Bürokratieabschaffung auf allen Ebenen umsetzen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4364 vom 11.12.2024
2. Beschluss des Plenums 19/4379 vom 12.12.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 12.12.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christoph Maier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier, Franz Bergmüller, Markus Striedl** und **Fraktion (AfD)**

„Afuera!“ für strukturelle Entlastung: Statt Paragraphen-Klein-Klein echte Bürokratieabschaffung auf allen Ebenen umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Bürokratiebelastung durch „Klima“-Regulierungen und einen ausufernden Nanny-Staat in den letzten Jahren auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene stetig zugenommen hat. Dies führt dazu, dass wertschöpfende Unternehmen massiv Stellen abbauen, ins Ausland abwandern und es ist ein maßgeblicher Grund dafür, dass sich die deutsche und bayerische Wirtschaft seit 2018 in einer strukturellen Dauerrezession befindet.

Der Landtag befürwortet daher jede Initiative zum Bürokratieabbau auf allen Regierungsebenen. Er stellt jedoch fest, dass der Zeitpunkt für kleinteilige Entlastungsmaßnahmen wie Moratorien, Schwellenwertanhebungen oder Paragraphen-Abschwächungen längst überschritten ist. Für eine echte und spürbare Entlastung der Bürger und Unternehmen bedarf es der rigorosen Abschaffung zahlreicher Bürokratiemonster, die in den letzten Jahren durch die EU, den Bund und die Staatsregierung geschaffen wurden. Nur so kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft wiederhergestellt werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert auf Landesebene:

- das Bayerische Klimaschutzgesetz abzuschaffen,
- den Solardachzwang abzuschaffen (durch Streichung des Art. 44a „Solaranlagen“ aus der Bayerischen Bauordnung),
- den Bayerischen Wassercent nicht einzuführen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass:

- das Lieferkettengesetz abgeschafft wird,
- das Bundesklimaschutzgesetz abgeschafft wird,
- das Energieeffizienzgesetz abgeschafft wird,
- das Nachweisgesetz abgeschafft wird,
- das Hinweisgeberschutzgesetz abgeschafft wird,
- das Gebäudeenergiegesetz abgeschafft wird.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass:

- das Verbrenner-Verbot abgeschafft wird,
- die EU-Taxonomie abgeschafft wird,
- die CSRD-Richtlinie abgeschafft wird,
- die Lieferketten-Richtlinie (CSDDD) abgeschafft wird,
- die Energieeffizienzrichtlinie (EED) abgeschafft wird,
- die Gebäuderichtlinie (EPBD) abgeschafft wird,
- der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) abgeschafft wird,
- Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) von der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) befreit und diese für mittelgroße Unternehmen entschärft wird.

Begründung:

Die deutsche und bayerische Wirtschaft befindet sich nicht in einer „konjunkturellen Flaute“, sondern in einer tiefgreifenden strukturellen Dauerrezession. Der preisbereinigte BIP-Index (BIP = Bruttoinlandsprodukt) liegt 12 Prozentpunkte unter dem Vorkrisentrend (2009–2017), und der Realindex der Industrieproduktion ist sogar um über ein Viertel niedriger als der Vorkrisentrend (Destatis, 2024).

Über vier Fünftel des deutschen Mittelstands bezeichnen die Bürokratiebelastung als das mit Abstand größte Problemfeld (DZ Bank, 2024). Die jährlichen Bürokratiekosten für die heimische Wirtschaft werden mittlerweile auf 66 bis 146 Mrd. Euro geschätzt (NKR, 2024; ifo Institut, 2024). Pro kleines oder mittelständisches Unternehmen entspricht dies einer Belastung von 12.500 bis 28.300 Euro jährlich (BIHK, 2023).

Eine Umfrage zeigt, dass der Großteil der Befragten (40,7 Prozent) die CDU/CSU für die hohe Bürokratiebelastung verantwortlich machen. An zweiter Stelle folgen die Grünen (28 Prozent), gefolgt von der SPD (16,2 Prozent) (INSM, 2024). Unter der CDU/CSU-geführten Großen Koalition vervierzehnfachten sich die Kosten des jährlichen Erfüllungsaufwands zwischen 2011 und 2022; unter der Ampel-Regierung haben sie sich in deutlich kürzerer Zeit verdoppelt (NKR, 2024).

In Bayern stieg die Zahl der Rechtsnormen während der CSU/FW-geführten Legislaturperiode (2018–2023) um 6,4 Prozent, was einem jährlichen Anstieg von 1,3 Prozent entspricht – doppelt so hoch wie der Anstieg auf Bundesebene. Beispiele für kostentreibende Bürokratiemonster der CSU/FW-Regierung sind unter anderem das Bayerische Klimaschutzgesetz und die Solardachpflicht.

Obwohl die CSU/FW-geführte Staatsregierung jährlich 1,6 Mio. Euro Steuergelder (Haushaltsplan 2024/2025) für zahlreiche Versorgungsposten unter dem Deckmantel des vermeintlichen Bürokratieabbaus ausgibt, konnte sie auf eine Schriftliche Anfrage der AfD-Fraktion vom 01.11.2024 keine einzige dadurch erfolgreich durchgeführte Bürokratieabbaumaßnahme benennen.

Echter Bürokratieabbau erfordert mutige Maßnahmen, wie sie der libertäre Präsident von Argentinien, Javier Milei, zeigt. Seit seiner Amtseinführung im Dezember 2023 hat er über 670 Rechtsnormen abgeschafft – durchschnittlich 1,8 pro Tag (Cato Institute, 2024). Ein weiteres Beispiel ist das von Elon Musk und Vivek Ramaswami geleitete Department for Government Efficiency, das unter der kommenden republikanischen Präsidentschaft von Donald Trump die staatliche Regulierung halbieren will (WSJ, 2024).

Diese Ansätze sollten als Vorbild für echte Bürokratieabschaffung statt kleinteiligem Bürokratieabbau in Bayern und Deutschland dienen, um wirtschaftliche Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christoph Maier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier, Franz Bergmüller, Markus Striedl** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/4364

„Afuera!“ für strukturelle Entlastung: Statt Paragraphen-Klein-Klein echte Bürokratieabschaffung auf allen Ebenen umsetzen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Markus Saller

Abg. Florian Köhler

Abg. Johannes Becher

Abg. Walter Nussel

Abg. Katja Weitzel

Abg. Dr. Alexander Dietrich

Staatsminister Hubert Aiwanger

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und
Fraktion (CSU)**

**Ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif - dem Bürokratieabbau auch in Brüssel
und Berlin Top-Priorität einräumen! (Drs. 19/4312)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm,
Richard Graupner u. a. und Fraktion (AfD)**

**"Afuera!" für strukturelle Entlastung: Statt Paragrafen-Klein-Klein echte
Bürokratieabschaffung auf allen Ebenen umsetzen! (Drs. 19/4364)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Markus Saller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. – Bitte, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herzlich willkommen, liebe Damen und Herren auf der Besuchertribüne. Mittlerweile ist es so, dass die Bürokratie in Deutschland, Europa und Bayern das meistbeklagte Problem ist, das unsere Unternehmerinnen und Unternehmer zu bewältigen haben. Um ein paar Zahlen zu nennen: Die direkten Bürokratiekosten der Wirtschaft liegen bei 65 Milliarden Euro pro Jahr. Die Kosten für die entgangene Wirtschaftsleistung betragen laut Ifo-Institut 146 Milliarden Euro jährlich. Laut dem Ifo-Institut müssen Angestellte von Unternehmen in Deutschland 22 % ihrer täglichen Arbeitszeit für bürokratische Tätigkeiten aufwenden. Bei kleinen und mittleren Unternehmen kostet die Bürokratie 3 % des Umsatzes, bei Großunternehmen 1 %, und in besonders regulierten Branchen wie bei Banken und Versicherungen sind es sogar 7 %. Die EU-Vor-

schriften, meine Damen und Herren, machen dabei in Deutschland mehr als 50 % der Bürokratie aus.

Ich glaube, diese Zahlen verdeutlichen, dass wir dringend handeln müssen. Die Bayerische Staatsregierung hat dies erkannt. Der Freistaat Bayern versucht, Bürokratie abzubauen. Als Beispiele dafür nenne ich das Erste und Zweite Modernisierungsgesetz, die wir diese Woche auf den Weg gebracht haben. Ich nenne als Beispiel den Normenkontrollrat, der sich für die Staatskanzlei um Bürokratieabbau bemüht, und die Arbeit unseres Entbürokratisierungsbeauftragten Walter Nussel. Dieser ist an der Stelle natürlich auch noch mit einzubinden. Der Landtag selbst hat mit der Enquete-Kommission zum Bürokratieabbau gezeigt, wie wichtig dieses Thema ist.

Aber, meine Damen und Herren, es reicht nicht aus, die Entbürokratisierung nur in Bayern zu starten, sondern wir brauchen die drei B: von Bayern nach Berlin nach Brüssel!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Thema muss jetzt auch endlich in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa ankommen. Meine Damen und Herren, ich darf kurz auf den Antrag "Afuera!" der AfD eingehen: Was steht in Ihrem Antrag? – Dieses Gesetz abschaffen und jenes Gesetz abschaffen. Dabei übersehen Sie, dass die von Ihnen zitierten Bundesgesetze überwiegend umgesetzte europäische Richtlinien sind. Mit der bloßen Abschaffung ist es nicht getan.

(Florian Köhler (AfD): Doch!)

Wir haben erkannt, dass sehr viel Bürokratie gar nicht aus den Gesetzen, sondern in erster Linie aus dem Vollzug dieser Gesetze entsteht. Wenn Sie uns vorwerfen, wir würden hier zu kleinteilig agieren, stelle ich fest, genau das Gegenteil ist der Fall. Wir gehen besonnen an diese Themen heran, wir analysieren, wir holen uns aus der Basis die Punkte, bei denen es hakt und nicht gut läuft, und wir sehen zu, dass wir Bürokratie

tieabbau und Entbürokratisierung sinnvoll und mit Verstand betreiben. Was Sie vorhaben, ist die argentinische Kettensäge. Bitte vergleichen Sie nicht die Bundesrepublik Deutschland und schon gar nicht den Freistaat Bayern mit Argentinien. Hier fehlt es noch weit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir befinden uns in einer Wirtschaftskrise und haben viele Baustellen, aber ich glaube, wenn wir an den richtigen Stellschrauben drehen, können wir dieses Land wieder nach vorne bringen. Wir können diese Krise beseitigen und überwinden. Dabei ist eine Stellschraube, meine Damen und Herren, die Entbürokratisierung. Deswegen möchte ich sehr, sehr herzlich dafür werben, dass das Hohe Haus unserem Dringlichkeitsantrag heute zustimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Florian Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident! – Ja, Herr Saller, die Bundesregierung arbeitet hart daran, dorthin zu kommen, wo Argentinien vor Milei war. Sehr geehrte Damen und Herren, die FREIEN WÄHLER und die CSU wollen sich in ihrem Antrag auf breiter Front für den Abbau von Bürokratie einsetzen. Dafür führen sie einige Maßnahmen und Vorschriften an. Unter anderem fordern sie darin in Berlin und Brüssel das sofortige Aussetzen des Lieferkettengesetzes und die maximal bürokratiearme Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie in Deutschland. Ich werde Ihnen anhand eines Beispiels zeigen, warum das wieder einmal eine schlechte Komödie ist. In der Hauptrolle zu sehen sind heute – Sie haben ihn gerade erlebt – Herr Saller und

später wahrscheinlich noch Herr Dr. Dietrich als vermeintliche Retter des Standorts Deutschland.

Wenn ich Ihren Antrag so lese, gewinne ich den Eindruck, hier ruft doch der Dieb: Hal- tet den Dieb! – Liebe CSU, Sie haben das Lieferkettengesetz in der letzten Bundesre- gierung, an der Sie beteiligt waren, sogar gemeinsam mit Ihren sozialdemokratischen Freunden beschlossen. Jetzt fordern Sie die Rückabwicklung. Das ist also das Einge- ständnis, dass man den Standort mit der eigenen verfehlten Politik nachhaltig beschä- digt hat.

(Beifall bei der AfD)

An die Herren und Damen von den FREIEN WÄHLERN: Im Bundesrat gab es dazu keinen Antrag auf erneute Beratung mit dem Bundestag. Sie hätten über die Staatsre- gierung im Bundesrat noch Einfluss auf das Lieferkettengesetz nehmen können. Auch die CSU hätte dies tun können. Was haben Sie getan? – Gar nichts.

Liebe Staatsregierung, ich erlaube mir – leider sind nur sehr wenige hier –, Ihnen an der Stelle einen Tipp zu geben: Je besser die Qualität bei der Besetzung der Haupt- und Nebenrolle ist, desto besser wird auch die Inszenierung, meine Damen und Her- ren.

(Beifall bei der AfD)

Wenn ich in der Begründung Ihres Antrags lese, die EU müsse jetzt endlich den Büro- kratieabbau ernst nehmen, und mir ansehe, was Sie auf EU-Ebene alles umsetzen und anstellen wollen, muss ich sagen: Huiuiuiuiui! Ich glaube, Sie haben vergessen, dass Ursula von der Leyen Kommissionspräsidentin ist. Ich glaube, Sie hätten genug Möglichkeiten, um auch in der Europäischen Union Einfluss zu nehmen. Grundsätzlich befürworten wir einen schlanken, sich nicht einmischenden, aber leistungsfähigen Ordnungsstaat nach ordoliberalen Prinzipien, aber trotz Ihrer Entbürokratisierungsiniti- ativen muss festgestellt werden, das meiste haben Sie selbst verursacht und vor allem

die CSU neigt trotz anderweitiger Ankündigungen immer zum Nanny-Reflex. Auch die CSU neigt dazu, in immer mehr Lebensbereiche einzugreifen. Spätestens dann, wenn die nächste Bundesregierung mit den GRÜNEN steht, liebe CSU, kommt auch der Nanny-Staat wieder. Sie vergessen eines: Klimagesetze, Regulierungen und Berichtspflichten sind riesige Bürokratietreiber.

Spätestens hier kommt unser nachgezogener Dringlichkeitsantrag ins Spiel. Der Zeitpunkt für kleinteilige Entlastungsmaßnahmen wie Moratorien, Schwellenwertanhebungen oder Paragrafenabschwächungen ist längst überschritten. Für eine echte und spürbare Entlastung der Bürger und Unternehmen bedarf es der rigorosen Abschaffung zahlreicher Bürokratiemonster. – Vorbilder sind hier die USA mit Elon Musk und Vivek Ramaswamy sowie Argentinien mit Milei – oder wie ich es sagen würde: Wir müssen ausmisten!

(Beifall bei der AfD)

Deshalb fordern wir: Bayerisches Klimaschutzgesetz abschaffen, weg damit. Lieferkettengesetz abschaffen, weg damit. Bundesklimaschutzgesetz abschaffen, weg damit. Nachweisgesetz abschaffen, weg damit. Hinweisgeberschutzgesetz abschaffen, weg damit. Gebäudeenergiegesetz abschaffen, weg damit. CSRD-Richtlinie, Lieferkettenrichtlinie, Energieeffizienzrichtlinie,

(Toni Schuberl (GRÜNE): AfD abschaffen, weg damit!)

Gebäuderichtlinie und CO₂-Grenzausgleichsmechanismus abschaffen, weg damit.

(Beifall bei der AfD)

"Afuera!" heißt es in Argentinien, "weg damit!" heißt es hier bei uns. Es lebe die Freiheit! Schluss mit diesem Paragrafen-Klein-Klein!

Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist Herr Kollege Johannes Becher für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

"Unser Weg ist anders. [...] Unsere Methodik besteht nicht darin, mit dem Finger in Richtung Brüssel und Berlin zu zeigen, obwohl dort ein Großteil der Bürokratie entsteht."

– Wer hat das gesagt?

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Ich!)

– Dr. Florian Herrmann hat das gesagt. Wann hat er das gesagt? – Vorgestern. Wo hat er das gesagt? – Hier. Und heute stellen Sie einen Antrag, der nichts anderes macht, als mit dem Finger nach Berlin und nach Brüssel zu zeigen. Selten war die Diskrepanz zwischen der Staatsregierung und den sie tragenden Regierungsfractionen in so kurzer Zeit so offensichtlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bürokratie ist das große Thema der Zeit. Sie ist überall und auf allen Ebenen und es gibt viel zu tun. Ja, das wissen wir.

Jetzt schreiben Sie einen Antrag, mit dem Sie sich selbst beweihräuchern für die großen Schritte, die vorangegangen sind. Der erste große Schritt der Entbürokratisierung – so steht es in Ihrem Antrag – ist die Einsetzung der Enquete-Kommission. Was ist denn die Einsetzung einer Kommission? – Das ist doch kein Akt der Entbürokratisierung! Ein Ergebnis einer Kommission könnte hoffentlich zur Entbürokratisierung beitragen. Gibt es schon ein Ergebnis? – Nein, natürlich nicht. Wir haben gerade erst mit dem Arbeiten angefangen. Gibt es schon ein Zwischenergebnis? – Auch nicht. Wir

sind bei dem ersten Thema dran. Vielleicht im ersten Quartal 2025. Aber wer sich schon für die Einsetzung eines Arbeitskreises feiert und meint, das wäre Entbürokratisierung, dem muss ich ganz ehrlich sagen: Irgendetwas stimmt bei Ihrem Antrag nicht, meine Damen und Herren. So viel Weihrauch tut dem Parlament nicht gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bürokratiekosten: Die aktuelle Studie vom Ifo-Institut im Auftrag der IHK für München und Oberbayern ist angesprochen worden: 146 Milliarden Euro pro Jahr an Wirtschaftsleistung entgehen uns durch Entbürokratisierung. Was ist übrigens der größte Hebel? Wie kommen wir da heraus? – Würde Deutschland bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung auf das Niveau von Dänemark aufschließen, heißt es da, wäre die Wirtschaftsleistung um 96 Milliarden Euro pro Jahr höher.

Digitalisierung! Gehen wir das bei uns systematisch und konsequent an? In Bayern sind doch nicht einmal die Zuständigkeiten in der Staatsregierung für die Verwaltungsdigitalisierung gebündelt und stringent. Das vermeintlich zuständige Ministerium für Digitales hat nichts zu sagen, und das zuständige Ministerium lässt sich nichts sagen. Ich erinnere an Faxgerät-Debatten und ähnliche Späßchen. Wir sind bei der Digitalisierung noch lange nicht auf dem Niveau von Dänemark. Das müssten wir selber angehen. Da ist der Vollzug gefragt, da ist Bayern gefragt. Da ist nicht der Finger auf andere, sondern die Eigenverantwortung das Gebot der Stunde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was machen die in Berlin? – Ich habe versucht, das ein bisschen zu ergründen. Da gibt es seit 2012 einen Bürokratiekostenindex. Als er eingeführt worden ist, war er bei 100. Seitdem geht er langsam runter. Der Tiefstwert dieses Bürokratiekostenindex: 94,6 im April 2024. Der hat sich also in zwölf Jahren leicht verringert. Das ist aber bei den Leuten draußen kaum spürbar. Das muss man auch sagen. Inzwischen ist er übrigens wieder angestiegen auf 97 wegen der EU-Nachhaltigkeitsberichterstattungspflicht.

Man sieht, es hat Auswirkungen. Es wird sich bemüht. Bemühen allein reicht aber nicht. Also habe ich ein bisschen näher nachgeschaut. Was macht das Wirtschaftsministerium? Was macht Habeck? – Siehe da, er macht Praxischecks. Das klingt fast nach Bayern.

(Lachen des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Praxischeck Photovoltaik, Praxischeck zur Genehmigung von Schwerlasttransporten, Praxischeck zum Energiedienstleistungsgesetz, Praxischeck zur Genehmigung von Windenergieanlagen an Land, Praxischeck zur Planung und zum Betrieb von Wärmepumpen.

(Martin Wagle (CSU): Von Küchentischen!)

Habeck klingt wie Nussel, würde ich sagen. Da geht es also voran.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Passt optisch gar nicht!)

Wie lange hören wir das schon? Das Bundeswirtschaftsministerium hat 150 seiner Gesetze und Verordnungen, in denen Informations- und Berichtspflichten hinterlegt sind, identifiziert – 150!

(Zuruf von der CSU – Martin Wagle (CSU): Es wird immer lächerlicher!)

Inzwischen sind 100 Informationspflichten mit Entlastungspotenzial identifiziert, und 50 Entlastungsmaßnahmen bei Berichtspflichten sind umgesetzt im neuen Bürokratieentlastungsgesetz, im September beschlossen, und in der Verordnung, die im Oktober beschlossen wurde. Alleine das Wirtschaftsministerium hat mehr Berichts- und Statistikpflichten verringert als ganz Bayern, weil wir nur elf entsprechende Pflichten umgesetzt haben. Man muss sagen, man kann nicht mit dem Finger nach Berlin zeigen. Die haben auch erkannt, dass sie etwas tun müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Zu wenig!)

Florian Herrmann hat am Dienstag sogar anerkannt – das möchte ich auch sagen –, dass etwas passiert ist. 3,5 Milliarden Euro hat dieses "Entlastungspaket Buschmann" gebracht oder soll es bringen. Hoffen wir, dass es dann auch so kommt. Es tritt erst am 1. Januar 2025 in Kraft. Eine bayerische Belehrung braucht es also nicht wirklich. Es ist halt ein Marathon und kein Sprint.

Dann habe ich mir noch angeschaut, was Sie da eigentlich alles fordern. Sie fordern eine Begrenzung bei DIN-Normen. Wir haben in der Enquete-Kommission gehört: 400 DIN-Normen werden von bayerischen Verordnungen angewendet. Man überprüft jetzt, ob das so gescheit ist. Ich nehme die AVPfleWoqG – Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und Weiterbildung in der Pflege und Hebammenkunde –, eine rein bayerische Geschichte, wo wir die DIN-Norm zur Bibel erklärt haben und wegen der DIN-Norm irgendwelche Quatschsachen machen, wo es tatsächlich überhaupt keine Probleme gibt. Wenn wir so weitermachen, wird der Mensch nach DIN genormt. Ich habe nichts gegen DIN-Normen, die sind schon in Ordnung, aber wenn es in der Realität gute Gründe gibt, auch einmal auf eine DIN-Norm zu verzichten, und es dadurch keine Probleme gibt, dann muss der Verwaltungsvollzug so funktionieren, dass es auch ohne die DIN-Norm geht.

(Martin Wagle (CSU): Das machen wir doch! Genau das machen wir!)

Da sind wir auch in Bayern weit hintendran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwei Punkte sind noch ganz kurz anzusprechen. Das eine, die Bundesratsinitiative, habe ich angeschaut. Die Bundesratsinitiative enthält einen Prüfantrag, eine Prüfbitte an die Bundesregierung: Könnt ihr da etwas entlasten? – Das sind aber auch keine ganz so großen Sprünge, muss man auch sagen.

Zweitens. Zu der Datenschutz-Grundverordnung noch ein Aspekt: In Estland läuft ja immer alles besser. Das höre ich jedenfalls zur Verwaltungsdigitalisierung von denen,

die dort hinfahren. Die haben dieselbe Datenschutz-Grundverordnung wie wir. Vielleicht liegt es gar nicht an der Datenschutz-Grundverordnung, sondern am nationalen Recht und Landesrecht zum Datenschutz. Oder es liegt gar nicht am Datenschutz, sondern er wird immer als Ausrede hergenommen, und in Wirklichkeit stimmt es gar nicht. Da muss man sehr genau hinschauen.

Aber wenn Sie für die EU noch weitere Tipps haben, laden wir vielleicht mal den Herrn Dr. Stoiber in die Enquete-Kommission ein. Der müsste wissen, wie das mit der Entbürokratisierung geht. Der könnte uns mit Sicherheit viel erzählen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Das war viel heiße Luft!)

– Dem Antrag entsprechend, würde ich sagen!

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Becher, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Kollegen Walter Nussel das Wort.

Walter Nussel (CSU): Herr Kollege Becher, erstens: Sie haben den Vergleich Habeck – Nussel gemacht.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist Diffamierung!)

Ich habe hier schon des Öfteren versucht zu erläutern, wie wir in Bayern Praxischecks durchführen. Leider ist es nicht bis ins Bundeswirtschaftsministerium durchgedrungen, dass das ministeriumsübergreifend laufen muss. Diese Praxischecks, die er da oben nur mit seinem Ministerium durchführt, enden dann irgendwo. Die anderen Ministerien im Bund bekämpfen das. Das ist nicht der Praxischeck, den wir in Bayern zum Erfolg führen. Deswegen bitte ich darum: Nehmen Sie das auch so mit.

Der zweite Punkt sind die Verpackungsverordnung und die Nachhaltigkeitszertifizierung. Sie tragen letztendlich die Handschrift eures Bundesumweltministeriums und sorgen für wahnsinnigen Bürokratieauftrieb. Da müsst ihr einen Praxischeck einfüh-

ren. Da müsste eher das Bundeswirtschaftsministerium mit dem Bundesumweltministerium dafür sorgen, dass wir das zurückdrängen und aufhalten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Das ist nicht verkehrt. Das sieht man. Das Wirtschaftsministerium ist eines der ersten Ministerien in Berlin, die diese Praxischecks durchführen. Es ist richtig, was gesagt wurde, dass andere Ministerien damit Probleme haben und dagegenarbeiten. Das ist eine der Schwierigkeiten, auch unabhängig von der Ampel, dass die Ministerien vor Ort nicht alle aus einem Guss arbeiten. Wir haben das in Bayern an manchen Stellen auch, dass einzelne Ministerien nicht so gut miteinander zusammenarbeiten. Das bereitet Schwierigkeiten. Am Ende ist es den Leuten draußen egal, welche Ebene blockiert. Die erwarten, dass das Ergebnis stimmt. Da ist tatsächlich viel zu tun. Ich meine aber, dass gerade das Bundeswirtschaftsministerium, das jetzt diesen Weg der Praxischecks gegangen ist, da noch das fortschrittlichste ist.

Aber ich wünsche jeder neuen Bundesregierung, egal wer da hinkommt, dass sie diesen Weg der Entbürokratisierung, der mit der entsprechenden Wucht begonnen wurde, aber eben nur begonnen wurde, konsequent weitergeht. Dann braucht es jedes Jahr ein Bürokratieentlastungsgesetz. Dann werden wir hoffentlich Stück für Stück nach vorne kommen, gerne auch im guten Miteinander, aber nicht mit so einem dünnen Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Jetzt haben Sie doch alles relativiert!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Katja Weitzel für die SPD-Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Entbürokratisierung zum Nulltarif? – Wohl kaum! Entbürokratisierung ist gerade das Zau-

berwort: Wenn wir das schaffen, dann läuft es wieder, die Wirtschaft, die Gesellschaft und überhaupt alles. Und das Beste: Es kostet nichts.

Aber Bürokratie ist ein wesentliches Element unseres Rechtsstaats; das dürfen wir nicht vergessen. Bürokratie sorgt für Transparenz, Gleichbehandlung und Nachvollziehbarkeit von Verwaltungshandeln. Sie verhindert Willkür und Ungleichbehandlung und sichert gesellschaftliche und auch technische Standards. Das Bewusstsein muss da sein, dass der Abbau von Bürokratie immer auch mit Abbau von Schutzstandards verbunden ist. Das dürfen wir nie vergessen. Das Monster Bürokratie und der ersehnte Bürokratieabbau werden allzu oft als Erklärung und Lösung bei komplexen politischen Vorgängen hergenommen.

Es stimmt ja: Es gibt überflüssige Gesetze und Regelungen. Es gibt gerade im Vollzug im Verwaltungshandeln immer wieder Formen, die man infrage stellen muss. Ein Abbau von Bürokratie muss vor diesem Hintergrund aber immer einer Prüfung darauf unterzogen werden, welche Funktion sie hat und wie notwendig sie ist. Was passiert denn gerade? – Es wird die Streichung von Gesetzen gefordert, die man aus ideologischen Gründen sowieso schon immer für überflüssig gehalten hat, wie das jetzt die AfD-Fraktion mit ihrem Streichkonzert fordert.

Oder was ist hier gestern und vorgestern passiert? – Es wurden Gesetze beschlossen. Die Streichung von Stellplatzvorgaben und die Streichung von Regelungen zur Errichtung von Kinderspielplätzen im Baurecht wurden als Bürokratieabbau verkauft. Dabei passierte nichts anderes als die Verlagerung auf die Kommunen. Für mich ist das kein Bürokratieabbau, sondern schlicht und einfach eine Verlagerung von Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Bürokratieabbau muss sich doch an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Sie müssen ihn spüren, und zwar möglichst zügig. Dafür habe ich Verständnis.

(Martin Wagle (CSU): Darum soll es ja vor Ort entschieden werden!)

Aber so schnell geht es nun eben nicht. Die Instrumentalisierung von populistischem Kahlschlag ist nicht zielführend. Wir wären alle gut beraten, wenn wir uns hier nicht von Populismus leiten lassen würden und alles so schnell wie möglich umsetzen wollten; denn das Ergebnis eines solchen Kahlschlags ist ganz schnell das Infragestellen des Rechtsstaates, und man verdrängt – das muss man sich auch bewusst machen – Transparenz, Verbraucherschutz und auch Umweltschutzregelungen.

Und was passiert jetzt? – Mit diesem Antrag soll eine Attacke auf Brüssel und auf Berlin geritten werden.

(Staatssekretär Tobias Gotthardt: Ja, das ist vollkommen richtig!)

Ich fürchte allerdings, das endet wie bei Don Quichotte; man kämpft gegen Windmühlen. Insofern können wir diesem Antrag nicht folgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Dr. Alexander Dietrich. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Alexander Dietrich (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach diesen doch etwas polemischen Wortmeldungen möchte ich wieder mehr Sachlichkeit in die Debatte bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bringt uns nichts, wenn wir uns beim Thema Bürokratieabbau parteipolitisch ineinander verhakeln. Ich denke, wir sind uns doch alle einig. Wir sind uns alle einig, dass die überbordende Bürokratie – wir reden hier immer von überbordender Bürokratie – eine der größten, wenn nicht die größte Wachstumsbremse in unserem Land ist. Der Kollege Saller hat das vorhin anhand der Zahlen sehr deutlich erläutert.

Ich möchte darauf zurückkommen, wie wir in dieser Woche begonnen haben. Wir haben am Dienstag in sehr großer Sachlichkeit über die Modernisierungsgesetze gesprochen und diese letztendlich auch verabschiedet. Natürlich waren wir nicht in allen Punkten einer Meinung. Aber die Debatte war doch von großer Sachlichkeit geprägt. Das ist der Weg, auf dem wir das Thema Entbürokratisierung angehen müssen.

Wir haben die Enquete-Kommission eingesetzt. Die Kommission einzusetzen ist natürlich noch nicht das Ziel. Ich denke aber, wir sind in dieser Enquete-Kommission auf einem wirklich sehr guten Weg, und wir arbeiten dort auf Hochtouren. Wir arbeiten an den einzelnen Themen des Fragenkatalogs fraktionsübergreifend in großer Sachlichkeit. Wir wollen uns nicht im Klein-Klein verlieren, sondern wir wollen grundsätzliche Verbesserungen voranbringen.

Wir haben uns in den vergangenen Sitzungen intensiv mit dem Thema Bauen beschäftigt. Im neuen Jahr stehen die Themen Bürgerfreundlichkeit und Datenschutz auf der Agenda. Es ist völlig richtig, wir haben auch im Vollzug des Datenschutzes große Herausforderungen. Wir haben eine große Aufgabe vor uns, und wir werden sicherlich noch viele Sitzungen brauchen. Deshalb ist es für ein Resümee auch noch zu früh. Aber eins kann ich sagen: Trotz der manchmal schier unlösbar erscheinenden Aufgabe macht es Spaß, Mitglied dieser Kommission zu sein. Es macht große Freude, in dieser Kommission zu arbeiten.

Es zeigt sich jedoch bei allem Optimismus: Auf Länderebene können wir zwar die Bürokratie im Vollzug und in begrenztem Umfang in der Gesetzgebung beeinflussen. Dies machen wir auch mit Hochdruck. Wenn wir die Menschen und die Unternehmen aber umfassend von bürokratischen Fesseln befreien wollen, dann können wir das in Bayern nicht alleine erreichen. Ohne Europa und den Bund geht es einfach nicht.

Wir zeigen deswegen auch nicht mit dem Finger nach Brüssel und nach Berlin, sondern wir stellen einen sehr sachlichen Antrag mit konkreten Forderungen, was auf europäischer Ebene und auf Bundesebene geändert werden soll. Wir möchten, dass Bü-

rokratieabbau – das sehen wir heute noch nicht – auch dort die höchste Priorität genießt.

Wir haben konkrete Vorschläge gemacht und diese mit dem Antrag untermauert. Diese Vorschläge reichen von der Begrenzung der Wirkung von DIN-Normen – auch das ist etwas, was wir auf Bundesebene angehen müssen – bis hin zu EU-Regulierungen im Digitalbereich. Die Auswahl, die wir hier getroffen haben, ist nicht willkürlich, sondern sie folgt der Überlegung: Wo sind die größten Bürokratietreiber, und wo lassen sich schnell spürbare Veränderungen bewirken?

Ich hoffe, dass wir es schaffen, diesen Geist der Sachlichkeit, den wir in der Enquete-Kommission pflegen, auch in die heutige Debatte und generell in die Debatte über den Bürokratieabbau zurückzubringen. Deshalb bitte ich Sie herzlich, unserem Antrag zuzustimmen.

Wir haben einen nachgezogenen Dringlichkeitsantrag von der AfD-Fraktion. – Na ja, Herr Köhler, Sie haben vorhin das Stichwort "Qualität" bemüht. Ich lese nur einen Satz aus Ihrem Antrag: "Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, auf Landesebene das Bayerische Klimaschutzgesetz abzuschaffen." Wir als Landtag sollen also die Staatsregierung auffordern, ein Gesetz abzuschaffen, das wir selber erlassen haben? – Das ist doch wirklich völlig absurd und zeigt möglicherweise ein seltsames Demokratieverständnis.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In einer parlamentarischen Demokratie entscheidet der Gesetzgeber und nicht die Regierung, welche Gesetze abgeschafft werden oder nicht.

Es mag sein, dass Ihr Antrag die eine oder andere Forderung enthält, mit der man inhaltlich vielleicht durchaus mitgehen könnte. Aber Sie schaffen es auch bei diesem Thema wieder nicht, das Gebot der Sachlichkeit zu wahren, sondern Sie verwenden polemisierende Begriffe wie "Nanny-Staat" und "Bürokratiemonster" und fahren auch

Angriffe auf andere Parteien, die es an diesem Punkt überhaupt nicht braucht. Wir werden diesem Antrag also nicht zustimmen; denn Bürokratie schafft man nicht mit Populismus ab, sondern nur mit fleißiger politischer Arbeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Dr. Dietrich. – Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor: Zunächst erteile ich dem Abgeordneten Florian Köhler, AfD-Fraktion, das Wort.

Florian Köhler (AfD): Herr Dr. Dietrich, ich denke, es könnte Ihnen einfach entgangen sein, dass die Staatsregierung selbst oft genug und eigentlich in einer gewissen Regelmäßigkeit hier Gesetzentwürfe einbringt, über die wir als Parlament abstimmen. Von daher geht Ihr Angriff eben völlig fehl. Das zum einen.

Ich habe aber eine ganz andere Frage an Sie: Die Zahl der Beamten und Angestellten im Bereich der Verwaltung in Bayern ist zwischen 2013 und 2023 um 27,4 % gestiegen. Im Verhältnis zur Bevölkerung, die gerade mal um 6,6 % gewachsen ist, ist das ein gewisses Missverhältnis. Vor dem Hintergrund, dass es der Wirtschaft, die in die Knie geht, nicht gerade gut geht, vor dem Hintergrund, dass, wenn man die Zeitung aufschlägt, tagtäglich irgendwo Werkschließungen angekündigt werden, vor dem Hintergrund, dass das Handwerk jammert, ihm fehlten die Aufträge, können wir uns hier im Staat leider einiges nicht mehr leisten. Da ist meine Frage: Wie wollen Sie die wachsende Bürokratie –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Sie haben für Ihre Zwischenbemerkung eine Minute.

Florian Köhler (AfD): – und einen solchen Beamtenaufbau rechtfertigen? Wer soll das am Ende des Tages bezahlen?

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege, Dr. Dietrich.

Dr. Alexander Dietrich (CSU): Herr Kollege Köhler, ich weiß nicht, ob Sie gestern der Haushaltsdebatte beigewohnt haben. Wir haben ja konkret gefordert und beschlossen, dass wir in den nächsten Jahren auch in der Verwaltung Stellen abbauen werden. Die Stellenzuwächse in den letzten Jahren betrafen vor allem den Lehrerbereich, die Polizei und die Justiz. Da brauchen wir zusätzliche Stellen. Sie betrafen nicht überwiegend den Verwaltungsbereich.

Ja, auf den Staat sind zusätzliche Aufgaben zugekommen; das ist richtig. Wir brauchen auch mehr Personal. Wir müssen aber – da sind wir uns in der Sache tatsächlich einig – auch schauen, dass wir in Zukunft mit weniger Personal auskommen; wir werden die Leute auch gar nicht mehr finden.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Johannes Becher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Herr Dr. Dietrich, zunächst einmal kann ich den Eindruck aus der Enquete-Kommission bestätigen. Ich möchte auch sagen: Wenn der Antrag so sachlich wäre, wie es Ihre Rede war, dann wäre er ja zustimmungsfähig. Da haben wir aber unterschiedliche Auffassungen. Trotzdem fand ich Ihre Rede gut.

Ich hätte noch eine konkrete Nachfrage zu einer der Forderungen, die Sie aufgeführt haben, nämlich: "spürbare Anhebung der EU-Schwellenwerte im Vergaberecht". – Wir haben neulich in der Enquete-Kommission gehört – Bayern hat ja am Dienstag die vergaberechtlichen Schwellenwerte erhöht –, die Schwellenwerte der EU wären sogar noch höher. Wir haben nicht alle Spielräume ausgereizt.

Welche Schwellenwerte sollen da jetzt noch weiter erhöht werden, warum und auf welche Höhe? – Das würde mich jetzt schon interessieren, weil es in Ihrem Antrag als konkrete Forderung drinsteht.

Dr. Alexander Dietrich (CSU): Wir haben es in der letzten Sitzung der Enquete-Kommission doch gehört: Wenn ich den Betrag jetzt noch richtig im Kopf habe, dann waren es, glaube ich, 220.000 Euro, ab denen wir zwingend im EU-Vergaberecht sind. Diese Werte sind ja von der EU vorgegeben und sollen deutlich erhöht werden. Auf welches konkrete Niveau man sie letztendlich erhöht, muss natürlich auf EU-Ebene vereinbart werden. Aber mindestens 500.000 Euro oder 1 Million Euro wären hier schon die richtigen Zielgrößen; bei 200.000 Euro im EU-Vergaberecht ist, wie wir neulich gehört haben, deutlich – –

(Johannes Becher (GRÜNE): 200.000 Euro bei was? Ist das als Planungsleistung gedacht?)

– Ich meine, wir haben es konkret bei den Planungsleistungen diskutiert. Natürlich muss man sich die Schwellenwerte im Einzelnen anschauen. Es gibt nicht einen Schwellenwert, sondern es gibt unterschiedliche Leistungen mit unterschiedlichen Schwellenwerten. Aber sie müssen auf jeden Fall deutlich erhöht werden, damit man gerade bei kleineren Aufträgen dieses EU-Vergabeverfahren vermeidet, weil das wirklich ein ganz großer Bürokratietreiber ist.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Dr. Dietrich. – Für die Staatsregierung spricht der stellvertretende Ministerpräsident, Herr Staatsminister Hubert Aiwanger.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will jetzt gar keine Grundsatzrede zu all den Dingen halten, die ich mit Bürokratieabbau verbinde und hier dringend nötig wären; denn sonst sehen wir am Ende wieder den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. Da geht es auch um eine EU-Entwaldungsverordnung; hoffentlich wird das möglichst gestoppt und entkernt. Ich will auch gar nicht vom Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz reden – hoffentlich wird das noch mas-

siv abgebremst –, sondern mich mit wenigen Sätzen auf ein Thema konzentrieren, die EU-Nachhaltigkeitsverordnung und -gesetzgebung sowie die Berichtspflichten, die hier kommen sollen. Das ist das Thema, bei dem die Wirtschaft massiv und wirklich mit Existenzängsten auf mich zukommt. Sie sagen, da seien Hunderte Seiten Text zu bearbeiten, die wohl kaum ein Politiker in dieser gesamten Fülle durchgelesen hat. Also, mein Appell an alle Fraktionen und alle Parteien in Berlin und Brüssel lautet: Stoppen Sie diese Vorgabe aus Brüssel,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

weil wir mit dieser Berichtspflicht ansonsten die Unternehmen kaputt machen. Das halten sie nicht aus. Das muss allgemein kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Diese Nachhaltigkeitsberichtspflichten beginnen erst mit den größeren Betrieben, mit den Konzernen und mit den aktiennotierten Unternehmen – das sind hier einige Tausend –, betreffen dann sehr schnell Zehntausende und kommen dann massiv im Mittelstand in der deutschen und europäischen Wirtschaft an. Also, nehmen Sie das in Ihre Weihnachtsferien mit. Sprechen Sie all Ihre Abgeordneten in Berlin und Brüssel an. Diese Nachhaltigkeitsberichtspflicht ist tödlich für unsere Wirtschaft, kostet Geld ohne Ende, legt die Betriebe lahm, erfordert Personal, das sie nicht haben, und Beratungsinstanzen, die wir in Deutschland nicht haben. Also, stoppen Sie diese Nachhaltigkeitsberichterstattung! Das ist mein Appell für die Weihnachtsferien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr stellvertretender Ministerpräsident. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/4312 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der AfD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/4364 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Bevor wir zum nächsten Dringlichkeitsantrag kommen, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER betreffend "Neue Entwicklungen in Syrien: Aktuelle Situation genau beobachten und angemessene Konsequenzen in der Asylpolitik ziehen" auf Drucksache 19/4311 bekannt. Mit Ja haben 89 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 49 Abgeordnete; es gab 12 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage)